

Zukunft Kita – Die AWO lüdt zum Dialog: „Wir brauchen ein neues Gesetz“

Die Kindertagesstätten in NRW sind laut einer von der AWO in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Studie so stark unterfinanziert, dass sie ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag nur noch eingeschränkt gerecht werden. Wilfried Bartmann, Unterbezirkvorsitzender im Kreis Unna fordert: „Wir brauchen ein völlig neues Gesetz für die frühkindliche Bildung.“ Er eröffnete am Donnerstag den Dialog „Zukunft.Kita – Frühe Bildung gemeinsam gestalten“, zu dem die AWO in die Schwankhalle der Unnaer Lindenbrauerei eingeladen hatte. Die Resonanz war groß.



AWO-Geschäftsführer Rainer Goepfert, Beigeordnete Elke Kappen, Landtagsabgeordneter Hartmut Ganzke, Kita-Leiterin Alexandra

Möller, Moderator Thomas Horschler, Prof. Dr. Werner Heister, Prof. Dr. Christina Jasmund und AWO-Unterbezirksvorsitzender Wilfried Bartmann gestalteten die Veranstaltung inhaltlich aus und sorgten für ausreichend Diskussionsstoff für die zahlreichen Teilnehmenden.

31 Kindertageseinrichtungen betreibt die AWO im Kreis Unna. Rund 2.100 Kinder werden hier betreut. Das 2008 unter Protesten eingeführte und bereits mehrfach novellierte Kinderbildungsgesetz (KiBiz) gibt den Rahmen vor, in dem frühkindliche Bildung in NRW stattfindet. Dass dieser für viele Fehlentwicklungen verantwortlich ist, machten die Verfasser der AWO-Studie zu Beginn der Veranstaltung deutlich. Prof. Dr. Christina Jasmund und Prof. Dr. Werner Heister von der Hochschule Niederrhein waren der Einladung nach Unna gefolgt. Sie definierten pädagogische und betriebswirtschaftliche Standards für den Bereich Kita, ohne die die Herausforderungen der Zukunft nicht zu meistern seien – darunter vor allem ein deutlich besseres Verhältnis von Fachkräften und der zu betreuenden Kinderzahl, mehr Zeit für die so genannte „mittelbare pädagogische Arbeit“ wie Elterngespräche oder die Dokumentation kindlicher Entwicklungsschritte sowie kontinuierliche Fort- und Weiterbildung auf hohem Niveau. „Die Aufgaben, die in der Kita heute gemeistert werden müssen, wachsen stetig“, so die Professoren Jasmund und Heister. Die Betreuung, der U3-Kinder, Inklusion, Sprachförderung, der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seien nur einige Stichworte.

Dass das Finanzierungssystem dringend auf neue Beine gestellt werden muss, war eine Forderung, die in der vollbesetzten Schwankhalle von allen Beteiligten wiederholt formuliert wurde. Rainer Goepfert, Geschäftsführer des AWO-Unterbezirks, ließ Zahlen sprechen: „Seit Inkrafttreten des KiBiz 2008 sind

die Personalkosten um rund 32 Prozent, die KiBiz-Zuschüsse aber nur um 13,5 Prozent gestiegen. Den Trägern bleibt da nur der Weg, im gesetzlich zulässigen Rahmen Personalstellen abzubauen.“ Auch Elke Kappen, Beigeordnete der Stadt Kamen, forderte mehr Geld für das System. „Wir reden hier von nachhaltigen Investitionen. Die ganze spätere Entwicklung des Menschen wurzelt in den Bildungsprozessen der frühen Kindheit.“ Alexandra Möller, Leiterin der AWO-Kita „Gänseblümchen“ in Kamen-Methler betonte, dass Bildung in dieser sensiblen Altersphase nur über gute und zuverlässige Beziehungen funktioniere. „Kinder brauchen verlässliche und ausreichend Ansprechpartner.“

Hartmut Ganzke, der als einziger heimischer Landtagsabgeordnete an der Diskussion teilnahm, signalisierte, dass die SPD-Fraktion verstanden habe: Ein neues Gesetz soll nach der Wahl geschaffen werden. Erste Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern gebe es bereits. „Wir müssen weg von den Kindspauschalen, hin zur Förderung der Einrichtungen.“